

Viele Exgeneräle, Firmenchefs und Banker in Trumps Regierung

Trump Kabinett nimmt Formen an

BERATER

► Bestätigung durch den Kongress erforderlich

CHEFSTRATEGIE
Stephen Bannon
Vormals Goldman-Sachs-Banker, Chef des rechten Medienportals „Breitbart“
> Vorwürfe d. Rassismus und Antisemitismus
> Mangelhafte Abgrenzung zu Rechtsradikalen

NATIONALER SICHERHEITSBERATER
Michael Flynn
Pensionierter General, Lobbyist
> Gute Beziehungen zu russischer Führung, bezahlte Auftritte bei Russia Today
> Lobbyist für Firma, die türkischer AKP nahe steht
> Verbreitung von Verschwörungstheorien auf Social Media

STV. NATIONALE SICHERHEITSBERATERIN
KT McFarland
Mitarbeiterin im Reagan-Verteidigungsministerium, „Fox-News“-Analystin

RECHTSBERATER
Don McGahn
Mitarbeiter in Nationaler Wahlkommission, Beteiligung an strengeren Gesetzen, die die Wahlbeteiligung von Minderheiten einschränken

WIRTSCHAFTSBERATER
Gary Cohn
Präsident von Goldman Sachs

POSITION IM KABINETTSRANG

► Keine Bestätigung durch den Kongress erforderlich

UN-BOTSCHAFTERIN
Nikki Haley
Gouverneurin von South Carolina
> Wenig außenpolitische Erfahrung
> Gegnerin des Iran-Deals

LEITER DER UMWELTBEHÖRDE
Scott Pruitt
Justizminister von Oklahoma
> Bezweifelt menschengemachten Klimawandel
> Gegner der Umweltschutzinitiative Obamas

BEHÖRDE FÜR KLEINUNTERNEHMER
Linda McMahon
Mitbegründerin der Wrestling-Liga WWE
> Zweifel an Qualifikation

► NOCH OFFEN (Stand 13. 12.)

MINISTERIEN:
Landwirtschaft, Veteranen
KABINETT:
Handel, Budget, Wirtschaft
BERATER:
Inneres, Heimatschutz, Kommunikation, Wissenschaft, Drogen, Öffentlichkeitsarbeit, Sprecher des Weißen Hauses

KABINETT MINISTERPOSTEN

► Bestätigung durch den Kongress erforderlich

■ Mitglieder früherer Regierungen ■ Finanz ■ mögliche Interessenkonflikte und Kritikpunkte
■ Militär ■ Großkonzerne

AUSSEN
Rex W. Tillerson
Bisher ExxonMobil-Chef
> Nähe zur russischen Regierung und irakischen Kurden
> Investmentpaket abhängig von Exxon-Kurs
> Kritik von Umweltschützern

FINANZ
Steven Mnuchin
Bisher Investmentbanker (davon 17 Jahre G&S), früher Unterst. Trumps
> Profite durch Bankenrettung 2008 auf Kosten kleiner Kreditnehmer
> Firma soll Schwarze und Latinos diskriminiert haben

VERTEIDIGUNG
James Mattis
Pensionierter General, zuletzt Centcom-Kommandant
> Braucht Ausnahmegenehmigung des Kongress, weil noch nicht sieben Jahre außer Dienst

JUSTIZ
Jeff Sessions
Seit 1997 Senator für Alabama, früherer Unterstützer Trumps
> Vorwürfe des Rassismus und der Nähe zum Ku-Klux-Klan
> Scheiterte 1986 bei Anhörung für Bundesrichteramt wegen Rassismusverdacht

HANDEL
Wilbur Ross
Milliardär und Investor, früherer Unterstützer Trumps
> „König der Konkurse“, Rettung insolventer Firmen mit Einschnitten bei Lohn, Pensionen und Gesundheitsvorsorge
> Interessenkonflikt wegen Investitionen in Rust Belt

ARBEIT
Andy Puzder
Bisher Chef der Fast-food-Kette CKE
> Gegner des Mindestlohns, dessen Einhaltung sein Ministerium überwachen muss

GESUNDHEIT
Tom Price
Kongressabgeordneter
> Prominenter Gegner der Pflichtversicherung Obamacare
> Gegner der staatlichen Versicherung Medicare für ältere und behinderte Menschen in ihrer derzeitigen Form

WOHNUNGSBAU
Ben Carson
Pensionierter Gehirnschirurg
> Hat vor Wochen noch selbst wegen mangelnder Erfahrung und Qualifikation das Ministeramt abgelehnt

VERKEHR
Elaine Chao
Arbeitsministerin mit George W. Bush 2001–2009
Ehefrau des republikan. Mehrheitsführers im Senat, Mitch McConnell

BILDUNG
Betsy DeVos
Chefin der Republikan. Partei in Michigan, Bildungsaktivistin
> Familiäre Interessenkonflikte: Ehemann Dick besitzt Direktverkauf-Firma Amway („Kosmetikparty“), Bruder Erik Prince gründete Sicherheitsfirma Blackwater

HEIMATSCHUTZ
John Kelly
Pensionierter General, zuletzt Kommandant des Southern Command
> Kritiker des Kampfeinsatzes von Frauen und der Schließung von Guantanamo

ENERGIE
Rick Perry
Früherer Gouverneur von Texas
> Wollte einst als Präsidentschaftskandidat Energieministerium abschaffen, das er nun leiten soll

Quelle: NYT, Reuters, Washington Post; Autoren: Manuel Escher, Michaela Köck; Fotos: Reuters (5) – Mike Stone/Carlo Allegri/Mike Segar(2)/Steve Marcus, AFP (3) – B. Smialowski/Don Emmert/Mandel Ngan/Kena Betancour, Getty (1) – Mark Wilson, AP (2) – Evan Vucci/Carolyn Kaster DER STANDARD

Mit Milliardären gegen das Establishment

Exgeneräle und Banker prägen das Team, mit dem Donald Trump „das Establishment“ bekämpfen will. Dazu kommt ein Beauftragter für Umwelt, der für mehr Öl und Kohle ist, und ein Arbeitsminister, der Roboter einsetzen will.

Frank Herrmann aus Washington

Auf Wahlkampfbühnen hat sich Donald Trump in populistischer Pose als Kandidat des Wandels verkauft. Da gab er den kühnen Reformer, der den Sumpf in Washington trockenlegen verspricht, wobei das mit dem Morast als Metapher für das Establishment gedacht war.

Schließlich forderte Trump die Platzhirsche der Grand Old Party mit derselben Verve heraus, mit der er sich mit Hillary Clinton duellierte. Ein Pragmatiker, ideologisch nicht festgelegt, weder Republikaner noch Demokrat – so sollten ihn die Wähler sehen. Das Kabinett aber, das er gezimert hat, lässt jenen überparteilichen Charme nahezu komplett vermissen.

Es ist die konservativste Ministerriege, die in der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten zusammengestellt wurde.

Der 70 Jahre alte Tycoon hat fast ausschließlich ältere, weiße, wertkonservative Männer um sich geschart, die eines mit ihm verbindet: Sie sind es gewohnt, in strengen Hierarchien Kommandos zu geben, sei es in Uniform oder an der Spitze eines Unternehmens. Erfahrungen im politischen Alltagsbetrieb, wo die Opposition widerspricht, wo im Parlament an Kompromissen zu feilen ist, haben gerade jene kaum aufzuweisen, die Schlüsselposten seines Kabinetts bekleiden sollen.

Was sofort ins Auge sticht: Trump hat ein Faible für hochdekorierte Soldaten, weshalb seine

Kritiker vor einer Weltsicht warnen, bei der man alles durch die militärische Brille betrachtet. Der frühere General Michael Flynn, der den Islam einmal pauschal als Krebsgeschwür und Angst vor Muslimen als „rational“ bezeichnet hat, wird als Nationaler Sicherheitsberater enormen Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik bekommen. Mit John Mattis wird ein – gleichwohl gut beleumundeter – Exgeneral Verteidigungsminister, mit John Kelly leitet ein weiterer das Heimatschutzministerium, das die Grenze zu Mexiko sichern soll, um illegalen Einwanderern den Weg zu versperren.

Viele Milliardäre

Ebenso prominent vertreten sind Leute, die ein Milliardenvermögen besitzen oder doch zumindest etliche Millionen auf dem Konto haben. Eine ziemlich ironische Volte angesichts der Vorgesellschaft. Der Wahlkampfbell Trump hat sich als wortgewaltiger Widerpart der Finanzjongleure der Wall Street geriert, er hat Hillary Clinton als eine Art Marionette der Wall Street porträtiert, nur

um jetzt zentrale Posten an jene Jongleure zu vergeben. Steven Mnuchin, sein designerter Finanzminister, war Investmentbanker bei Goldman Sachs, bevor er in Hollywood ins Filmgeschäft einstieg. Wilbur Ross, der das Handelsministerium leiten soll, hat mit der Sanierung kriselnder Firmen Milliarden verdient. Gary Cohn, die rechte Hand von Goldman-Sachs-Chef Lloyd Blankfein, übernimmt den Vorsitz eines Wirtschaftsberatergremiums.

Die Milliardärin Betsy DeVos (Bildungsressort) zählt seit drei Jahrzehnten zum Kreis der verlässlichsten Spender der Republikanischen Partei, während Linda McMahon allein die Kampagne Trumps mit sechs Millionen Dollar unterstützte. McMahon, mit Wrestling-Vermarktung zu Geld gekommen, wird belohnt, indem sie als Beauftragte für kleine und mittlere Unternehmen am Kabinettsstisch sitzen darf. Andrew Puzder, Manager eines Fast-Food-Imperiums, wird Arbeitsminister. Puzder gilt als großer Fan von Robotern, deren Vorzüge er einmal mit folgenden Worten beschrieb:

„Sie sind immer höflich, nehmen nie Urlaub, kommen nie zu spät zur Arbeit, rutschen nie aus oder fallen hin, und wegen Alters- oder Rassendiskriminierung haben sie auch noch nie geklagt.“

Dann wäre da noch die Rubrik „loyale Freunde“, Politiker, die sich eine Beförderung erhofften, weil sie sich hinter den Kandidaten Trump stellten, als ihm die Partei noch ablehnte. Jeff Sessions gehört dazu, bisher Senator für Alabama, bald Justizminister, in dem Bürgerrechtler einen Ideologen alten Südstaatendenkens sehen. Ausgerechnet Scott Pruitt, der bezweifelt, dass menschliches Verhalten den Klimawandel auslöst, soll der Umweltbehörde EPA vorstehen. Den Wunsch von Trumps Team, die Namen einzelner bisheriger Mitarbeiter zu übernehmen, die sich hauptsächlich mit Klimawandel befasst hatten, lehnte die EPA Dienstag ab.

Dazu passt auch der Olmanager im Amt des Außenministers. Rex Tillerson, Chef von ExxonMobil, wurde am Dienstag offiziell als Trumps künftiger Chefdiplomat bestätigt. **Kopf des Tages Seite 32**

Die Unruhe vor dem Sturm in China

Peking hält sich mit Reaktionen auf Trump-Aussagen vorerst zurück, warnt aber

Noch ist es nur Rhetorik, aber was, wenn es konkrete Politik wird? Der künftige US-Präsident Donald Trump sorgt in China für Unruhe und Verärgerung. Und das scheinbar ohne Not. Er kritisiert den Umgang mit dem Wechselkurs der Landeswährung Yuan, das Vorgehen der Volksrepublik im Südchinesischen Meer und die Beziehungen zum ebenfalls kommunistischen Nordkorea. Vor allem aber stellt Trump im Streit über den Status von Taiwan die Ein-China-Strategie seines Landes infrage.

Für die Staatsführung in Peking handelt es sich um eines der heikelsten Themen überhaupt. Sie betrachtet Taiwan bis heute als abtrünnige Provinz. Dafür fällt die Reaktion Pekings noch sehr verhalten aus. Die chinesische Führung warnt den designierten US-

Präsidenten und zeigt sich „tief besorgt“. Die Ein-China-Politik sei nicht verhandelbar und der Grundsockel für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und China. In der englischsprachigen Ausgabe des Staatsmediums *Global Times* wird Trump als „Kind“ bezeichnet, das wenig über Diplomatie wisse. Wenn



Chinesische Medien inszenieren Trump als „Businessman“.
Foto: AFP / Greg Baker

Trump in der Taiwan-Frage „offen“ einen Politikwechsel einleite, müsse er sich auf einen „regelrechten Sturm“ gefasst machen. Denn China könne sich „Kräften“ zuwenden, die den USA „feindlich“ gesinnt seien, so der Ausblick auf eine mögliche Reaktion Chinas, sollte Trump seine Rhetorik tatsächlich in Realpolitik umwandeln. Peking sollte erst einmal Trumps Amtsübernahme am 20. Jänner abwarten, empfiehlt auch Wu Xinbo, ein Experte für die Beziehungen zwischen den USA und China von der Shanghaier Fudan-Universität.

Umso aufmerksamer beobachtet Peking die Postenbesetzungen Trumps. Die Nominierung von Rex Tillerson zum US-Außenminister, ein Signal der Annäherung an Russland, wird in China mit Argwohn betrachtet. (red)

Trump als Freund von Orbán

Die Europapolitik der USA könnte sich ändern

Gregor Mayer aus Budapest

Eine Kehrtwende ist unter Donald Trump in der Europapolitik möglich. Die Obama-Administration schnitt beispielsweise das vom Rechtspopulisten Viktor Orbán regierte Ungarn. Wegen der Einschränkung der Medienfreiheit und der von Regierungstellen ausgehenden Korruption hatte Orbán keine Chance, im Weißen Haus empfangen zu werden. Sein Außenminister Péter Szijjártó drang nie weiter vor als bis zu der für Europafragen zuständigen Spitzenbeamtin im State Department, Victoria Nuland. Die pflegte ihm noch dazu wegen der Verfehlungen seines Chefs den Kopf zu waschen.

Damit dürfte es nun vorbei sein. „Präsident Trump will gute Beziehungen zu Ungarn“, erklär-

te Connie Mack IV, ein ehemaliger republikanischer Kongressabgeordneter, am Montagabend in einer Veranstaltung des regierungsabhängigen Think Tanks Századvég in Budapest. Mack arbeitet zwar als hochbezahlter Lobbyist für die Orbán-Regierung in Washington, seine Worte reflektierten dennoch kein reines Wunschdenken.

Telefonat mit Orbán

Tatsächlich hatte der ungarische Regierungschef nach der Wahl Trumps bereits mit dem künftigen US-Präsidenten telefoniert. Laut Orbán war auch von einer Einladung ins Weiße Haus die Rede. „Trump könnte sogar von Orbán Ratschläge in Europafragen einholen“, meinte Lobbyist Mack. Dem Ego Orbáns dürfte das schmeicheln.